

## **Protokoll**

### **des Gespräches zwischen dem Stadtelternrat Buxtehude und Herrn Kultusminister Dr. Althusmann vom 2. Juli 2011**

#### **Teilnehmer:**

Dr. Bernd Althusmann, Kultusminister  
Susi Milewski, Vorsitzende des Ster Buxtehude  
Uwe Weski, Stellvertretender Vorsitzender  
Petra-Susanne Eckoldt, Beisitzer  
Thomas Schindzielorz, Beisitzer

#### **Als weitere Gäste:**

Rainer Schlichtmann,  
Samtgemeindebürgermeister Harsefeld  
Helmut Dammann-Tamke,  
Landtagsabgeordneter

Beginn: 15:45 Uhr

Nach einer einleitenden Begrüßung durch Herrn Dammann-Tamke und einer kurzen Vorstellung der Samtgemeinde Harsefeld durch Herrn Schlichtmann bedankt sich Frau Milewski für die Möglichkeit zu einem Gespräch. Auch Herr Dr. Althusmann begrüßt die Gesprächsmöglichkeit und bittet nochmals um Entschuldigung, dass der erste Termin nicht zu Stande gekommen ist.

Der Stadtelternrat hat im Vorfeld eine Themenliste erstellt, anhand dieser wurden die folgenden Punkte angesprochen.

#### **Inklusion**

Herr Dr. Althusmann erläutert ausführlich die aktuellen Überlegungen zum geplanten Gesetzesentwurf um das Thema Inklusion in Niedersachsen umzusetzen.

Ziel ist es den geplanten Gesetzesentwurf noch in diesem Jahr für Niedersachsen zu erarbeiten. Die Beratungen zum Entwurf werden nach der Sommerpause beginnen. Auch auf Ebene der Kultusministerkonferenz werde ein abschließendes Papier für den Herbst erwartet.

Inklusion bezieht alle Kinder mit ein. Er geht aber davon aus, dass es auch zukünftig weiterhin einen Förderschulbereich in Niedersachsen geben wird.

Der Minister sieht es als problematisch an, dass einige wenige Länder das Thema ohne Vorbereitung an die Schulen bringen. Er betont, dass das Thema langsam „heranwachsen“ muss und befürwortet daher den geplanten Beginn an den Grundschulen und wünscht sich, dass auch die Eltern die positiven Aspekte des gemeinsamen Lernens erkennen.

Zu Beginn sollen von den acht Schwerpunkten (Schwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung, Geistige Entwicklung, Hören (Schwerhörige, Gehörlose), Körperliche und Motorische Entwicklung, Lernen, Sehen (Sehbehinderte, Blinde), Sprache, Hören/Sehen (Taubblinde)) die zwei Schwerpunkte Lernen und Sprache an die Grundschulen gebracht werden.

Dem Minister ist durchaus bewusst, dass eine höhere Anzahl als 2 Wochenstunden Doppelbesetzung pro Kind mit erhöhtem Förderbedarf wünschenswert wäre, sieht sich aber aufgrund der momentanen Haushaltssituation nicht in der Lage das Kontingent aufzustocken.

Die Größe einer Integrationsklasse kann die durchschnittliche Klassenfrequenz des Schuljahrganges um die Anzahl der integrativ zu unterrichtenden Schülerinnen und Schüler unterschreiten. Sollte dadurch in anderen Klassen die Schülerhöchstzahl überschritten werden, kann die Kapazitätsgrenze im Umfang der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf herabgesetzt werden.

An anderen Schulformen ist entsprechend zu entscheiden. Die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf sind jedoch nicht bei der Schülerzahl doppelt zu zählen oder zu berichten.

Um die Lehrer auf die neuen Aufgaben vorzubereiten werden in Niedersachsen derzeit etwa 800 Lehrkräfte in einer drei Module umfassenden Qualifizierungsmaßnahme von insgesamt 5,5 Tagen mit grundlegendem Handwerkszeug versehen. Bis zum Schuljahresbeginn 2012/13 werden ca. 3000 Grundschullehrkräfte die Fortbildung erhalten haben.

### **Qualifikation von Lehrkräften**

Jährlich werden ca. 4 Millionen Euro in Fortbildungsmaßnahmen investiert. Dennoch sagt Herr Dr. Althusmann: „Der gegenwärtige Zustand der Lehrerfortbildung ist nicht zufriedenstellend.“

Daher soll für die über 87.000 Lehrer in Niedersachsen die Lehrerfortbildung im kommenden Schuljahr umstrukturiert werden. Es werden landesweit neun Kooperationszentren für Lehrerfortbildung geschaffen, die insbesondere an Universitäten angesiedelt werden und unter Einbindung von Erwachsenenbildungseinrichtungen eine engere Verzahnung der drei Lehrerbildungsphasen zum Ziel haben.

Seiner Meinung nach müssen Fortbildungen und die Teilnahme daran verbindlicher werden.

Auch die Ausbildung der Lehrer soll den neuen Gegebenheiten angepasst werden. So soll z.B. ein Haupt- und Realschul-Lehramt geschaffen werden und das Themengebiet Inklusion für Grundschullehrer in den Stoffplan aufgenommen werden. Der Masterstudiengang soll um ein Jahr verlängert werden, gleichzeitig soll die Referendariatszeit auf 12 Monate verkürzt werden. Zeitgleich soll ein begleitetes fünfmonatiges Praxis-Praktikum eingeführt werden. Wichtig ist es, dass angehende Lehrer früher Schule erleben und sich ein realistisches Bild der Unterrichtssituation machen können.

### **Beratungslehrer**

In Niedersachsen sind derzeit 1500 Beratungslehrer ausgebildet, zusätzlich ist es geplant 80 Schulpsychologen einzustellen. Mit diesen Zahlen befindet sich Niedersachsen, gemessen an den Schülerzahlen, im unteren Durchschnitt der Länder.

Derzeit besuchen etwa 900.000 Schüler die Schulen in Niedersachsen, in zehn Jahren werden es etwa 700.000 Kinder sein.

### **Feuerwehkräfte**

Herrn Dr. Althusmann ist es nicht klar, warum immer noch die Meinung vorherrscht, dass bis zur Beantragung einer Feuerwehskraft sechs Wochen gewartet werden müsste. Eine Feuerwehkraft kann durch die Schulleitung beantragt werden, sobald erkennbar ist, dass die betreffende Lehrkraft längere Zeit ausfällt und der Unterrichtsausfall nicht durch die Schule aufgefangen werden kann.

Als problematisch ist die Versorgung in einigen ländlichen Bereichen anzusehen, ebenfalls gibt es zu wenige Grundschulfeuerwehrkräfte und auch einige Fächerkombinationen sind nicht problemlos verfügbar.

### **Schullandschaft Niedersachsen**

Als problematisch sieht Herr Dr. Althusmann die sehr differenzierte Schullandschaft in Deutschland. Es gibt z.B. Mittel-, Stadtteil-, Gesamt- und Oberschulen mit jeweils unterschiedlichsten Konzepten. Er sieht die Zukunft für Niedersachsen in einem zweigliedrigen Schulsystem. Neben dem Gymnasium soll es die Oberschule geben. Integrierte Gesamtschulen als Angebotsschulen bleiben Bestandteil der Schullandschaft.

Diese Aufteilung bietet optimale Fördermöglichkeiten nicht nur für „lernstofforientierte“ Schülerinnen und Schüler, sondern auch für „Spätzügler“ und Schülerinnen und Schüler, die eine berufliche Ausbildung anstreben.

Einer Verlagerung der Verantwortung für die Schulgesetze auf Bundesebene erteilt er eine deutliche Absage. Für ihn würde damit an den Grundfesten des Föderalismus gerüttelt werden, zusätzlich sind die Länder seiner Meinung nach „näher dran“. Er wünscht sich aber neben einer Harmonisierung der Klassen 5 bis 10 ein gemeinsames Abitur der Länder in denen die Aufgaben zwar nicht identisch, wohl aber inhaltlich angeglichen sind. Denkbar ist dieses ab dem Schuljahr 2013/14.

Durch ein solches Abitur würde auch erkennbar werden, dass die Abiturienten in Niedersachsen ein durchaus vergleichbares Wissen mit Schülern Süddeutschlands haben.

Zur Lehrerversorgung allgemein merkt der Minister an, dass es mit Beginn seiner Amtszeit das erste Mal eine Betrachtung der Ist- und Zukunftssituation gab. Langfristige Aussagen zum Bedarf an Lehrkräften bzw. viel eher dem entstehenden Mangel waren schlicht nicht möglich.

Aufgrund der vor einigen Jahren eingeführten Arbeitszeitkonten für Lehrkräfte werden zum Schuljahr 2012/13 zusätzlich über 1500 Vollzeitlehreinheiten (VZLE) für den Ausgleich der verpflichtenden Arbeitszeitkonten benötigt.

Betrachtet man dem gegenüber die derzeit zuerkannten Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden in der Höhe von rund 8.000 VZLE wird klar, dass hier zukünftig noch einiges an Arbeit vor dem Kultusministerium liegt.

### **Brückenjahr**

Das Projekt „Brückenjahr“ mit seinen wirksamen Beratungs- und Qualifizierungsstrukturen wird verstetigt und zunächst auf der Grundlage der bisherigen Richtlinie bis Mitte 2012 fortgeführt.

Das Thema Brückenjahr wird im Landkreis Stade aktuell an vielen Stellen diskutiert. Frau Milewski überreicht Unterschriftenlisten einiger Grundschulen und Kindertagesstätten sowie Briefe von Drittklässlern der Grundschule „An der Este“ in Jork. Mit der Bitte um Beachtung.

### **Mensen an Ganztagschulen**

Frau Eckoldt fragt nach, warum das Essen, welches in den Mensen an Schüler verkauft wird mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belegt wird und regt an, dieses umgehend zu ändern.

Das Thema wird Herr Dammann-Tamke in die anstehenden Haushaltsberatungen einbringen.

Nach über 100 Minuten intensiver Diskussion bedankt sich der Stadtelternrat für das offene Gespräch in angenehmer Atmosphäre.

Besonders bedankt sich der Stadtelternrat auch beim Samtgemeindebürgermeister Herr Schlichtmann für seine Gastfreundschaft und den Einblick in den Ratssaal sowie bei Herrn Dammann-Tamke für seine Unterstützung bei der Koordination des Treffens.

Ende: 17:30 Uhr / Protokoll: Thomas Schindzielorz